

# Der sächsische Erzähler,

## Zageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

### Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Ercheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag und ist ausschließlich der Wirtw. und Gewerbe-Verhältnisse der sächsischen Provinz gewidmet. Preis 1. 50 J., bei Bestellung im Voraus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 50 J. einschließlich Postgebühren. Nummer des Zeitungspreises 6587.

#### Bersprechstelle Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

Dreimonatlicher Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Reklamezeile 30 J. geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Wiederholung eingekannter Manuskripte keine Gewähr.

Freitag, den 12. Februar 1909, mittags 2 Uhr, sollen in Bischofswerda folgende Gegenstände, als: 1 Messerspiegel, 1 Selenzelle, 1 Schreibmaschine, 1 Schneidemaschine und 1 Gewindeschneider gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort: Königl. Amtsgericht. Bischofswerda, am 8. Februar 1909. Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Max Dieck in Bischofswerda soll mit Genehmigung des königlichen Amtsgerichts Bischofswerda die Schlussverteilung stattfinden. Zu berücksichtigen sind 80.33 Mk. bevorrechtigte und 35032.36 Mk. nicht bevorrechtigte Forderungen, insgesamt 115020.12 Mk. Die verfügbare Masse beträgt 1700 Mk., wovon jedoch noch das im Schlusstermine festzusetzende Honorar des Gläubigerausschusses zu begleichen ist.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen königlichen Amtsgerichts zur Einsicht niedergelegt worden.

Bischofswerda, den 6. Februar 1909.

Rechtsanwalt Dr. Strübig, Konkursverwalter.

## Dank.

Der Pflichtfeuerwehr von Geismannsdorf, sowie den freiwilligen Feuerwehren von Burkau und Bischofswerda für das schnelle Erscheinen und die Hilfsbereitschaft bei dem am 5. dieses Monats hierorts ausgebrochenen Schadenfeuer wird auch hierdurch der wärmste Dank ausgesprochen.

Hammelan, den 8. Februar 1909.

Der Gemeinderat.

## Montag, den 15. Februar 1909: Viehmarkt in Bischofswerda.

**Die innere politische Lage im Reich droht infolge des ungewissen Schicksals der Nachlasssteuer ein etwas kritischeres Aussehen zu erhalten. Sind doch in Berliner parlamentarischen Kreisen bereits Gerüchte über eine mögliche Auflösung des Reichstages ausgebreitet, allerdings scheint es sich hierbei vorerst nur um eine bloße Kombination zu handeln, der denn auch von anderen Seiten widersprochen wird. Borecht aber ist zweifellos die Situation in der Finanz- und Steuerkommission des Reichstages durch die auseinanderfallenden Gegenstände in der Frage der Nachlasssteuer eine ziemlich schwierige geworden. In der am Freitag fortgesetzten Kommissionsberatung der Nachlasssteuer sprach sich ein Redner der Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit für die Vorlage aus, was auch seitens eines Vertreters der Freisinnigen geschah; nur betonte letzterer, seine Partei würde eine Reichsvermögenssteuer noch vorgehen. Ein Mitglied der Reichspartei begründete den von letzterer für den voraussetzlichen Fall des § 1 des Nachlasssteuergesetzes eingebrachten Ewentualantrag, der sich in seinem Kernpunkt für die Umlegung des Fehlbetrags, der aus dem Scheitern der Nachlasssteuer resultieren würde, auf die Bundesstaaten nach Maßgabe des in ihnen festgestellten Vermögens auspricht (Veredelung der Matrikularbeiträge). In der weiteren Freitagdiskussion trat der bayerische Finanzminister energisch für die Nachlasssteuer ein, während er eine Reichsvermögenssteuer und ebenso den genannten Antrag der Reichspartei als für die bayerische Regierung unannehmbar bezeichnete. Einen ähnlichen Standpunkt nahm der alsdann das Wort ergreifende sächsische Finanzminister ein, desgleichen der Bundesratsvertreter des Großherzogtums Weimar. Hierauf legte ein Zentrumsredner nochmals die Gründe seiner Partei für die ablehnende Haltung gegenüber der Nachlasssteuer dar und bekämpfte im weiteren das Projekt einer Reichsvermögenssteuer. Zuletzt sprach noch der preussische Finanzminister v. Rheinbaben; er erinnerte an die frühere freundlichere Stellungnahme des Zentrums in der Frage der Nachlasssteuer und mahnte zu einer Verständigung. Am Sonnabend setzte die Kommission diese Debatte fort.**

Dem Reichstage ist ein neuer (6.) Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat für 1908 zugegangen, wonach der Reichsanwalt ermächtigt wird, weitere 150 Millionen Mark Schatzanweisungen zur vorübergehenden Verstärkung der Reichshauptkasse auszugeben. Die Weinkommission des Reichstages beendigte am Sonnabend ihre Arbeiten. Daß die Insel Allen zum Deutschen Reich und nicht zu Dänemark gehört, will den Danonanen nicht in den Kopf, wenigstens nicht einem Leiter und Wanderredner der irredentistischen Partei, der dieser Tage in Rorborg auf Allen einen Beweis dänischer Freiheit gegeben hat. Ueber den Vorfall berichtet die „Sonderburger Zeitung“: Als abends eine Rorborgener Dame sich auf dem Turm des dortigen Hotels „Union“ befand, trat aus der Gaststube ein Fremder. Auf sein „Gut Aben“ erwiderte die Dame mit „Guten Abend“, und auf die weitere Frage, sie sei ja wohl eine Deutsche, mit „Ja wohl, ich bin ein deutsches Mädchen“. Darauf ging die Dame in das Speisezimmer, das der Gaststube gegenüber liegt. Der Fremde folgte ihr und sagte: „Sie verfluchtes deutsches Weib, was wollen Sie hier? Gehen Sie nach Deutschland!“ Auf die Erwiderung: „Da bin ich ja!“, versetzte der Fremde: „Sie sind in Rorborg, in Dänemark!“ Sprach und schlug, da andere Personen, die seine Keuherung gehört, herbeikamen, die Tür von außen zu. Das genaue Programm für den Besuch des englischen Königspaares am Berliner Hofe ist jetzt endlich zur Veröffentlichung gelangt. Es weist folgende Hauptpunkte auf: Dienstag, den 9. Februar, 11 Uhr vormittags, Ankunft der britischen Majestäten auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin; großer Empfang. Dann feierliche Fahrt der hohen Gäste im Geleite des Kaiserpaars über den Pariser Platz, wo Begrüßung des Königspaares durch die städtischen Behörden stattfindet, nach dem königlichen Residenzschloß; daselbst ist nachmittags 1 Uhr Familienfrühstückstafel; abends Salattafel im Weißen Saale. Mittwoch, den 10. Februar: Mittags 12 Uhr offizieller Besuch des Königs Eduard im Berliner Rathaus, abends 8 Uhr Ball im Residenzschloße. Donnerstag, den 11. Februar: Besuch des Königspaares im Museumsplatz zu Potsdam, Frühstück beim

Offizierkorps des 1. Garde-Dräger-Regiments, 7 Uhr abends Teilnahme des Kaiserpaars und seiner hohen Gäste an der Familientafel beim Kronprinzenlichen Paare. 8 1/2 Uhr abends Galavorstellung von „Sardanapal“ im Berliner Opernhause. Freitag, den 12. Februar: Besichtigungen in der Stadt seitens des Königs und der Königin; 2 Uhr nachmittags Frühstückstafel im Residenzschloße. 5 Uhr nachmittags Wiederabreise der britischen Majestäten vom Lehrter Bahnhof. In der Finanz- und Steuerkommission des Reichstages brachte auch die Sitzung vom Sonnabend noch keine Entscheidung über die Nachlasssteuer. Konservativerseits wurde ein Antrag auf Verschiebung dieser Abstimmung bis zur Erledigung der Erbschaftsteuer eingebracht. In der Diskussion vom Sonnabend drückte der württembergische Finanzminister die Hoffnung auf eine positive Mitwirkung des Zentrums bei der Finanzreform aus; im übrigen bekämpfte auch er, wie dies schon vorher die Finanzminister Preußens, Bayerns, Sachsens und Weimars getan hatten, die Vorschläge einer Reichsvermögenssteuer und einer Veredelung der Matrikularbeiträge. Ein Redner der Nationalliberalen bestrichwortete die Reichsvermögenssteuer, die in dessen von einem Redner der Konservativen abgelehnt wurde. Der Sprecher der wirtschaftlichen Vereinigung machte Front gegen die Nachlasssteuer, ein Vertreter der Sozialdemokraten plädierte für eine Vermögenssteuer, und ein Redner des Zentrums erklärte gegenüber dem württembergischen Finanzminister, seine Partei beabsichtige keineswegs eine Schwächung in der Nachlasssteuerfrage. Nachdem schließlich der preussische Finanzminister v. Rheinbaben nochmals dringens zu einer Verständigung gemahnt hatte, trat Vertagung bis diesen Dienstag ein. Der oldenburgische Landtag nahm am letzten Freitag nach stürmischer Debatte einen Antrag auf Einführung eines Pluralstimmrechts bei den Landtagswahlen mit der allerdings nur sehr knappen Mehrheit von 23 Stimmen gegen 22 Stimmen an. Der geheim geführte Prozeß gegen das Ehepaar Lohmann und Genossen vor dem Schwurgericht Leipzig wegen Ferkelung und Beiseite-